

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Franz Schindler

Abg. Florian Streibl

Abg. Jürgen W. Heike

Abg. Dr. Sepp Dürr

Abg. Alexander König

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten**

**Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD),  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u. a. und Fraktion (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)**

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses**

**zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens bayerischer Polizei- und  
Justizbehörden einschließlich der zuständigen Staatsministerien, der  
Staatskanzlei und der politischen Entscheidungsträger im Zusammenhang mit  
dem Labor Schottdorf und der beim Bayerischen Landeskriminalamt  
eingerrichteten Sonderkommission "Labor" und weiterer Vorkommnisse im  
Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren gegen Dr. B. S. und andere  
Beschuldigte und auf entsprechende Anzeigen des Dr. B. S. und anderer  
Personen sowie bei der Rechtsaufsicht über die Beachtung der Vorschriften der  
Gebührenordnung für Ärzte und bei der gegebenenfalls notwendigen Korrektur  
der Rahmenbedingungen im selbstverwalteten Gesundheitssystem bei der  
Abrechnung von Laborleistungen durch bayerische Ärzte ([Drs. 17/2371](#))**

hierzu:

**Änderungsantrag der Abgeordneten**

**Thomas Kreuzer, Josef Zellmeier, Alexander König u. a. und Fraktion (CSU),  
Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold u. a. und Fraktion (SPD),  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und  
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Sepp Dürr u. a. und Fraktion (BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)**

**(Drs. 17/2463)**

und

### **Festlegung**

#### **der Mitgliederzahl, Besetzung und Vorsitz des Untersuchungsausschusses**

Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierzu eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion vereinbart. Ich darf als Erstem Herrn Kollegen Schindler das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Kollege.

**Franz Schindler (SPD):** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die bayerische Justiz ist in den letzten Monaten und Jahren, insbesondere im Zusammenhang mit den Fällen Mollath und Peggy, ins Gerede gekommen. In diesen Tagen ist im Zusammenhang mit dem Wiederaufnahmeverfahren sogar die Rede davon, dass die Justiz ein Komplott organisiert habe und das Justizsystem – immerhin das Justizsystem eines demokratischen Rechtsstaats – ins Wanken geraten sei.

So weit sind wir noch nicht. Tatsache ist, dass einerseits das Ansehen der Justiz nach wie vor hoch ist, höher jedenfalls als das Ansehen der Politik, andererseits ein beachtlicher Teil der Bevölkerung fest davon überzeugt ist, dass man der Justiz nicht über den Weg trauen könne und man eigentlich nur von Glück reden könne, wenn man nicht in ihre Fänge gerate. Mindestens in jeder zweiten Petition findet sich heutzutage der Hinweis darauf, dass es dem Petenten genauso ergangen sei wie seinerzeit Gustl Mollath. Natürlich werden auch in der Justiz Fehler gemacht. Die Ursachen sind vielfältig. Rechtsbeugung ist aber fast nie im Spiel. Viele erstinstanzliche Urteile werden von den höheren Instanzen aufgehoben, es wird zurückverwiesen oder gleich anders entschieden. So und nicht anders funktioniert unser Rechtssystem, und das ist auch gut so.

Nun also wieder ein Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Vorwürfen gegen die bayerische Justiz, diesmal im Zusammenhang mit Ermittlungsverfahren gegen den Laborarzt Dr. Schottdorf. Es geht im Kern nicht um *die* Justiz, sondern um einen Teil

davon, nämlich die Staatsanwaltschaft, noch genauer: um die Staatsanwaltschaften München und Augsburg und die Generalstaatsanwaltschaft in München. Staatsanwälte genießen nicht die gleiche Unabhängigkeit wie Richter. Sie sind Teil einer hierarchisch organisierten Behörde; aber selbstverständlich sind sie dem Gesetz unterworfen. Die Staatsanwaltschaft ist nicht, wie gelegentlich behauptet wird, die Kavallerie der Justiz, die nur den Zweck verfolgt, unerbittlich anzuklagen, und dabei weder nach links noch nach rechts schaut. Bei genauerer Betrachtung ist die Staatsanwaltschaft gar keine Anklage-, sondern vielmehr eine Einstellungsbehörde,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

weil deutlich mehr Ermittlungsverfahren eingestellt werden als angeklagt wird und eine große Zahl von Anzeigen gar nicht zu Ermittlungen führt, was häufig Gegenstand von Beschwerden ist, die im Landtag eingehen. Dass die Staatsanwaltschaft auch Opportunitätsentscheidungen treffen und auf der Grundlage der Paragraphen 153 und 154 der Strafprozessordnung Verfahren einstellen kann, ist Teil der Realität. Dass sie die objektivste Behörde ist, weil sie nicht nur belastende, sondern auch entlastende Umstände zu ermitteln hat, wird in der Praxis nicht immer deutlich. Allzu oft hat es sogar den Anschein, als ob die Staatsanwaltschaft alles übernehme und anklage, was ihr von der Polizei geliefert wird, dass also nicht die Staatsanwaltschaft, sondern die Polizei Herrin des Verfahrens sei. Das lässt sich im Massenbetrieb wahrscheinlich nicht vermeiden, darf aber nicht die Regel werden.

Meine Damen und Herren, umso hellhöriger muss man werden, wenn sich erfahrene und hoch qualifizierte Mitarbeiter des Bayerischen Landeskriminalamtes, wie im Fall Schottdorf geschehen, bei ihren Dienstvorgesetzten über die Staatsanwaltschaft beschweren und wenn ihnen dann bedeutet wird, dass ihre Beschwerden unerwünscht seien und sogar dazu führen könnten, dass die persönliche Laufbahnentwicklung ins Stocken gerät.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Hellhörig muss man auch werden, wenn sich ein LKA-Beamter dazu gezwungen sieht, sich unmittelbar an den Ministerpräsidenten zu wenden und den Freistaat zu verklagen, wie es im Zusammenhang mit den Ermittlungsverfahren zum Fall Schottdorf geschehen ist.

Unmittelbarer Anlass des heutigen Antrags auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum Thema Schottdorf war ein Anfang Mai im "Handelsblatt" erschienener Bericht, in dem angeblich nach Auswertung vieler Tausend Dokumente unter der Überschrift "Das Ende der Soko Labor – Staatsanwälte lassen Tausende Betrüger unbehellig" behauptet wird, die Staatsanwaltschaft, zunächst München, dann Augsburg, habe Ermittlungen gegen etwa 10.000 Ärzte und einen Laborbetreiber aus Augsburg wegen des Verdachts des Abrechnungsbetrugs gegenüber Krankenkassen und Privatpersonen behindert und den Laborbetreiber und die Ärzte geschont, obwohl ein volkswirtschaftlicher Schaden von bis zu 500 Millionen Euro entstanden sein soll. Vielmehr habe die Staatsanwaltschaft trotz eines beim Landgericht München anhängig gemachten Pilotverfahrens mehr als hundert Ermittlungsverfahren eingestellt und keinerlei Maßnahmen ergriffen, um zu verhindern, dass in mehreren tausend Verdachtsfällen Verjährung eintritt. Hinzu komme, dass die eigens zum Zweck der Ermittlungen wegen des Verdachts des massenhaften Abrechnungsbetrugs eingerichtete Sonderkommission Labor beim Landeskriminalamt behindert worden sein soll und dass gegen einzelne Mitarbeiter der Sonderkommission Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der uneidlichen Falschaussage bzw. der Verfolgung Unschuldiger eingeleitet und jahrelang nicht bearbeitet, schließlich aber wegen fehlenden Tatverdachts eingestellt worden sind und dass dies alles mit Wissen der vorgesetzten Generalstaatsanwaltschaft und des Justizministeriums geschehen sei.

Außerdem steht die Behauptung im Raum, die Generalstaatsanwaltschaft und das Justizministerium hätten direkten Einfluss auf die Ermittlungen in Sachen Schottdorf und viele tausend Ärzte genommen und dafür gesorgt, dass die meisten Verfahren eingestellt werden bzw. wegen Verjährung nicht mehr verfolgt werden können.

Hinzu kommen die bekannten ganz besonderen Umstände, nämlich dass ein ehemaliger Staatsanwalt von dem Laborarzt ein Darlehen erhalten hat, dass dieser Laborarzt langjähriges Mitglied der CSU ist, großzügig Spenden an die CSU vergeben hat und sich von ehemaligen CSU-Staatsministern verteidigen hat lassen.

Meine Damen und Herren, das hat schon einen ganz besonderen Geschmack,

(Beifall bei der SPD)

der es schwer macht, alles nur sachlich zu betrachten, worum ich mich aber bemühen werde. Die Vorwürfe wiegen schwer, weil sie beinhalten, dass die Staatsanwaltschaft gerade nicht das getan hat, was ihre Aufgabe ist, nämlich nach Gesetz und Recht zu entscheiden, sondern aus ganz anderen Motiven entschieden hat. Deshalb müssen die Vorwürfe aufgeklärt werden.

Zwar gab es bereits mehrere Anfragen an die Staatsregierung und entsprechende Antworten liegen vor, und wir haben am 22. Mai im Rechtsausschuss einen umfangreichen Bericht des Justizministeriums zu den Vorwürfen entgegengenommen, in dem alle Vorwürfe zurückgewiesen worden sind und zur Begründung darauf verwiesen worden ist, dass nach früher herrschender Meinung der Tatbestand des Betrugs nicht erfüllt gewesen und es im Übrigen an einem konkreten Schaden gefehlt haben soll. Aber trotz des, wie ich einräume, umfangreichen und sehr detaillierten Berichts sind Fragen offengeblieben und sind neue Fragen erst durch den Bericht entstanden, die wir jetzt in einem umfangreichen Fragenkatalog zusammengestellt haben und die nur in einem Untersuchungsausschuss geklärt werden können.

Das sonstige Instrumentarium des Landtags, nämlich Anfragen und Anträge zu stellen, ist erschöpft. Es gibt nur noch das Instrument eines Untersuchungsausschusses mit der Möglichkeit, Zeugen zu vernehmen und Akten einzusehen, um auf den Grund der Wahrheit zu kommen. Ich danke deshalb den anderen Fraktionen für die Kooperation bei der Formulierung des Untersuchungsauftrags und des Fragenkatalogs und

hoffe, dass die vielen Fragen nach Sichtung der Akten und Vernehmung von Zeugen eindeutig beantwortet werden können.

Es geht in der Tat, wie es in diesen Tagen, ich glaube, in der "Süddeutschen Zeitung" geheißen hat, um die Frage der Ehre der bayerischen Justiz. Es geht um die Frage, ob die Vorwürfe tatsächlich zutreffen oder nicht. Das ist eine ganz wichtige Frage, der wir nicht ausweichen können und auch nicht wollen. Im Übrigen geht es neben der Frage, was bei den Staatsanwaltschaften möglicherweise falsch entschieden worden ist, aus welchen Motiven auch immer, auch um die Frage der politischen Verantwortung, darum, wer von der politischen Spitze in Kenntnis gesetzt worden ist und gar mitgeredet hat und aus welchen Motiven. Das gilt es aufzuklären. Ich hoffe, dass uns das gelingt.

Bekanntermaßen hat die CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für die Position des Vorsitzenden. Das respektieren wir selbstverständlich.

(Beifall bei der SPD)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Das Wort hat Herr Kollege Streibl.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir entscheiden heute über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zum sogenannten Fall Schottdorf. Die Einsetzung eines solchen Ausschusses gilt im Grunde als die schärfste Waffe der Opposition. In meinen Augen ist es ein Gebot der politischen Klugheit, dieses Instrument sparsam einzusetzen und nicht bei jeder Gelegenheit anzuwenden. Aber es gibt Fälle, in denen die Einsetzung notwendig wird. Das ist immer dann der Fall, wenn die herkömmlichen Mittel wie Anfragen oder Berichte zur Aufklärung nicht ausreichen.

Wir haben uns nach reiflicher Überlegung entschlossen, zu diesem Mittel zu greifen, und zuerst mit der Fraktion der GRÜNEN, dann auch mit der SPD verhandelt. Nolens volens hat sich auch die CSU angeschlossen und ihren Willen zur Aufklärung bekun-

det. Wir haben einen umfassenden Fragenkatalog erarbeitet. Die CSU trägt den Fragenkatalog mit. Dabei hatte die CSU zuerst immer gesagt, ein Untersuchungsausschuss sei hier nicht notwendig, da die sogenannte allumfassende Darstellung im Rechtsausschuss am 22. Mai ausgereicht habe.

Sie, Frau Guttenberger, haben in Ihrer Pressemitteilung am 29. Juni gesagt, es sei nicht nachvollziehbar, zu welchen zusätzlichen Erkenntnissen ein Verfahren im Untersuchungsausschuss führen sollte. Schließlich sei in der Sitzung des Verfassungsausschusses alles gesagt worden.

Werte Kollegin, lassen Sie mich sagen, dass ich das deutlich anders sehe. Es ist keineswegs ein politischer Übereifer, der uns zur Beantragung eines Untersuchungsausschusses bewogen hat. Es geht uns auch nicht um ein politisches Spektakel, wie Sie uns in der Pressemeldung unterstellt haben. Nein, uns geht es darum, Licht in einen Fall zu bringen, der bereits seit Jahrzehnten die öffentliche Wahrnehmung prägt und immer wieder in den Medien hochgespielt wird.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Nach wie vor sind viele Fragen offen. Für mich steht seit den Veröffentlichungen im "Handelsblatt" fest, dass wir diesen Fall nur mit den Mitteln eines Untersuchungsausschusses aufklären können. Ich nenne Ihnen dafür zwei Gründe. Zum einen ist es die Komplexität des Falles, der bis in die 1980er-Jahre zurückreicht. Zum anderen ist es die Schwere der Vorwürfe, die hier im Raum stehen.

Bereits seit dem Jahr 2011 habe ich zahlreiche Anfragen zu den Ermittlungen im Zusammenhang mit der Soko Labor gestellt. Angesichts der medialen Berichterstattung stellt sich für mich nun mehr und mehr die Frage, ob die Anfragen tatsächlich alle wahrheitsgemäß beantwortet worden sind. Mir reicht es nicht, dass auf schriftliche Anfragen zum Teil weichgespülte, nicht aussagekräftige Antworten geliefert werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich habe aufgrund dieser Berichterstattung große Zweifel an dem Willen der Staatsregierung zur objektiven Aufklärung. Diese Zweifel haben mich stark veranlasst, einen Untersuchungsausschuss zu fordern; denn nur ein Untersuchungsausschuss bietet uns Abgeordneten die Möglichkeit, unabhängig und selbstständig die im Raum stehenden Vorwürfe zu prüfen. Ich will selber die betreffenden Akten lesen und selber die entsprechenden Zeugen hören, um mir ein Bild machen zu können.

Der Bericht vom 22. Mai im Rechtsausschuss war zwar umfangreich, dennoch hat er mir keine ausreichende Aufklärung dafür geliefert, warum man trotz des sogenannten Pilotverfahrens die Verfahren in den übrigen mehr als hundert Fällen eingestellt hat. War es wirklich zwingend, dass diese Verfahren von der Staatsanwaltschaft München I nach Augsburg abgegeben wurden? Wie kann es sein, dass bei einem derart wichtigen Verfahren keine verjährungsunterbrechenden Maßnahmen ergriffen wurden? Da wurde eine Sonderkommission mit ursprünglich 17 Beamten eingesetzt. Dann wurde Personal reduziert, bis eine effiziente Arbeit kaum mehr möglich war. Da kann man nur sagen: In dem Fall ist man als bayerischer Löwe gesprungen und als Bettvorleger gelandet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte gerne wissen, welche Beweggründe es für dieses Vorgehen gab. Meine Damen und Herren von der CSU, Sie haben uns einerseits vorgeworfen, dass wir das Ergebnis des Untersuchungsausschusses bereits vorwegnehmen würden, weil wir zum Beispiel die Einsetzung angekündigt hätten, ohne den Bericht abzuwarten. Andererseits scheint die CSU von vornherein zu wissen, dass der Fall Schottdorf keine politische Dimension hat. Das jedenfalls haben Sie in Ihrer Pressemitteilung verlauten lassen. Dazu kann ich nur sagen: Nur deswegen, weil Ihnen dieses Ergebnis vielleicht genehm wäre, muss es noch lange nicht der Wahrheit entsprechen. Daher fordere ich dazu auf, dass wir versuchen, die Vorgänge in einem Untersuchungsausschuss, in dem wir die notwendige Zeit haben, sachlich und neutral aufzuklären.

Ich sage ganz deutlich: Wir machen uns die erhobenen Vorwürfe nicht zu eigen. Aber es stehen nun einmal zahlreiche Vorwürfe im Raum, die sehr schwer wiegen. Deshalb müssen wir die Vorgänge aufklären. Wenn diese Vorwürfe zutreffen würden, wären sie aus meiner Sicht ungeheuerlich.

In diesem Untersuchungsausschuss gilt es dem schwerwiegenden Verdacht nachzugehen, ob staatliche Stellen ihre Fürsorgepflicht gegenüber ermittelnden Beamten zugunsten politischer Einflussnahme vernachlässigt haben. Meine Damen und Herren, die Frage, wie der Freistaat Bayern mit seinen Polizeibeamten umgeht, geht uns alle an. Mich interessiert deshalb auch, ob die ermittelnden Beamten Vorwürfen ausgesetzt waren und ob etwas von dem Vorwurf, dass die Ermittlungen behindert worden sind, zutrifft. – Ein Ermittlungsbeamter hielt 600.000 sichergestellte Laborkarten aus einem Labor in Bochum für essenziell. In der Soko Labor hat das anscheinend für großen Ärger gesorgt. Mich interessiert, ob etwas von diesem Vorwurf zutrifft. - Mich interessiert, warum diese Laborkarten kurz nach ihrer Sicherstellung von der Staatsanwaltschaft Augsburg wieder freigegeben und danach vernichtet wurden. Wer hat das veranlasst und warum? - Mich interessiert, ob den polizeilichen Ermittlern tatsächlich von den Vorgesetzten verboten wurde, auf Fehler in der Einstellungsverfügung der Staatsanwaltschaft Augsburg hinzuweisen.

(Wortmeldung des Abgeordneten Jürgen W. Heike (CSU))

- Nachher.

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich muss also nicht mehr nachfragen, die Zwischenbemerkung folgt nachher.

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Mich würde weiter interessieren, ob wirklich diffamierende Äußerungen gegenüber diesem ermittelnden Beamten gemacht wurden.

Wir sehen, hier werden viele Punkte vorgebracht. Wir müssen hier also umfangreich aufklären. Es entspricht auch unserer Pflicht als Landtag, unsere Kontrollfunktion in einem Untersuchungsausschuss wahrzunehmen. Wir sind hier gefordert.

Der chinesische Philosoph Konfuzius hat einmal gesagt: Wer fragt, ist ein Narr für eine Minute. Wer nicht fragt, ist ein Narr sein Leben lang. – Meine Damen und Herren, lassen Sie uns in diesem Sinne die Fragen stellen, die im Untersuchungsausschuss geklärt werden müssen, damit wir keine Narren sind und damit nicht die Öffentlichkeit und die bayerischen Bürgerinnen und Bürger zum Narren gehalten werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Nun folgt eine Zwischenbemerkung. Bitte, Herr Kollege Heike.

**Jürgen W. Heike (CSU):** Herr Kollege Streibl, was Sie uns hier vorgetragen haben, ist ja wunderschön. Ich hätte gerne von Ihnen gewusst, ob Sie die Fragen, die Sie nun stellen, im Ausschuss, in dem wir stundenlang Zeit hatten, nicht gestellt haben, und falls nicht, warum Sie sie nicht gestellt haben. Es fällt schon auf, dass Sie jetzt Fragen vortragen, die schon lange beantwortet sind beziehungsweise die Sie nie gestellt haben. Das spricht nicht für die Glaubwürdigkeit Ihrer Fragen.

(Beifall bei der CSU)

**Florian Streibl (FREIE WÄHLER):** Herr Kollege Heike, wenn Sie den Fragenkatalog zum Untersuchungsausschuss durchgelesen hätten, hätten Sie bemerkt, dass die Fülle und Breite dieser Fragen den Rahmen eines Berichts im Ausschuss bei Weitem gesprengt hätten. Damals sind durchaus Fragen gestellt worden. Allerdings muss ich hinzufügen, dass die Antworten zum Teil unzureichend waren. Daher müssen wir nachhaken und können die Vorgänge nicht so im Raum stehen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Vielen Dank. Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Dr. Dürr. – Herr Staatssekretär, auch der Geburtstag nützt nichts. Hier geht es weiter. Sie können ja bei uns noch feiern. - Herr Kollege, bitte.

**Dr. Sepp Dürr (GRÜNE):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit von Gerichten und Staatsanwaltschaften hat etwas mit der Leistung der Schiedsrichter bei der Fußballweltmeisterschaft gemeinsam: Sie ist dann gut, wenn sie nicht zum Thema wird. Wenn die Öffentlichkeit immer häufiger über die fehlende Qualität dieser Arbeit diskutiert statt über das, was auf dem Platz, im Gerichtssaal oder vorher ausgetragen wird, läuft etwas grundsätzlich falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dann geht es nicht mehr nur um einzelne Justizirrtümer, sondern der Vertrauensverlust der Justiz wird dadurch verursacht, dass das System selbst nicht mehr rund läuft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Bayern passieren derzeit zu viele Systemfehler in der Justiz. Dazu gehört leider auch die Affäre Schottdorf. Alle Landtagsfraktionen in diesem Haus haben am 7. Mai die Regierung, insbesondere Justizminister Bausback, aufgefordert, diese Vorgänge aufzuklären. Aber die Vertreter der Regierung, Kollege Heike, sind dieser Verpflichtung nur unzureichend nachgekommen. Sie waren vielleicht in einer anderen Sitzung. In der Sitzung des Verfassungsausschusses am 22. Mai, an der ich teilgenommen habe, haben die Vertreter der Regierung lediglich eingeräumt, dass die strafrechtlichen Ergebnisse der umfangreichen Ermittlungen – nun folgt ein schöner Ausdruck – höchst unbefriedigend seien. Was dort passiert ist, sei höchst unbefriedigend. So kann man es ausdrücken. Sogar die CSU hat danach Kritik geübt, wobei sie ziemlich herumgedruckst hat. Ich gebe wörtlich wieder, weil es gar so nett formuliert ist. Den Satz versteht man wahrscheinlich beim ersten Hören nicht, das ist auch so gewollt: Im Rückblick, aus heutiger Sicht und insbesondere im Lichte der später vom Bundesge-

richtshof geäußerten - jetzt folgt ein sehr schönes Wort – Rechtsmeinung - - Der Bundesgerichtshof hat eine "Rechtsmeinung"!

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Was denn sonst? Lächerlich! – Petra Guttenberger (CSU): Was soll er denn sonst haben als eine Rechtsmeinung?)

So sieht es offensichtlich auch Herr Kollege Heike. Ich fahre fort: Im Lichte der vom Bundesgerichtshof geäußerten Rechtsmeinung sei der Verzicht darauf, konsequent sicherzustellen, dass die Vorwürfe bis zur höchstrichterlichen Entscheidung der umstrittenen Rechtsfragen jedenfalls nicht verjähren konnten, allerdings der falsche Schritt gewesen.

Es gab also einen falschen Schritt. Aber warum die Staatsanwaltschaft diesen falschen Schritt getan hat, warum sie den Erfolg des ausdrücklich von ihr so genannten Pilotverfahrens nicht abgewartet hat, warum sie nach dem Landgerichtsurteil von 2010 nichts getan hat, all das hat die Regierung in dieser Sitzung nicht erklären können. Genauso wenig hat sie den Vorwurf widerlegt, dass die bayerischen Behörden mit zweierlei Maß messen, und zwar dann, wenn sie eine mögliche Strafverfolgung abwägen, wobei einerseits Tausende von möglicherweise betrügerischen Ärzten und andererseits einzelne Kritiker ihres Nichthandelns einander gegenüberstehen. Hier wird mit zweierlei Maß gemessen. Schnell und entschlossen handelt die Staatsanwaltschaft offenbar nur, wenn es gegen ihre eigenen Kritiker geht. Dabei handelt sie sogar vor-schnell.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Verfahren gegen den Journalisten D. und die Polizisten M. und S. lassen jedenfalls jede Verhältnismäßigkeit vermissen. Überhaupt keine Stellungnahme hat die Regierung zur Frage nach möglichen Versäumnissen der Rechtsaufsicht beziehungsweise zu ihren gesundheitspolitischen Tätigkeiten oder ihrer Untätigkeit in dieser Hinsicht abgegeben.

Deshalb brauchen wir wieder einmal einen Untersuchungsausschuss. Wir müssen ein multiples Versagen der Justizorgane und einen gesundheitspolitischen Skandal aufklären.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erstens geht es um den nicht geahndeten Abrechnungsbetrug. Dazu haben die Kollegen schon einiges gesagt. Deshalb füge ich nur noch eines hinzu: Beunruhigend und außergewöhnlich ist nicht, dass auch Richter, Richterinnen und Staatsanwälte Fehler machen. Das kann jedem passieren. Beunruhigend ist, dass sie in Bayern offenbar Fehler besonders ungern zugeben und Fehler noch "ungerner" korrigieren. Das beunruhigt uns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das rechne ich nicht den einzelnen Beamtinnen und Beamten an, sondern das ist in Bayern verfehlte Regierungspolitik.

(Zurufe der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU) und Jürgen W. Heike (CSU))

Das Motto dieser Regierung lautet: Rechthaberei bis nei in Grabn. Ja!

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Und wenn man dann drin liegt, dann kommt bestimmt irgendein Minister und sagt: Das war unvermeidlich.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das habe ich in diesem Hohen Hause schon oft erlebt.

Von all den Verantwortlichen hat bis heute kein einziger einen Fehler zugegeben. Dabei ist doch das eigene Versagen offenkundig. Das muss doch jeder am eigenen Leib verspüren. Das muss doch jedem von denen peinlich sein. Man muss darauf

doch irgendwie reagieren und sagen: Tut mir leid, das kann mal passieren. – Aber nein; obwohl offenkundig ist, dass da etwas schiefgelaufen ist, richtet dieser Justizapparat – darin ist er ganz bayerische Bürokratie – noch im Nachhinein aus dem Grabn heraus sein einziges Bestreben darauf, den Anschein einer formalen Korrektheit aufrechtzuerhalten. Mag das Ergebnis dieser angeblichen Korrektheit noch so blamabel sein, diese Fehlerkultur ist das Symptom einer veralteten, in dieser Hinsicht vordemokratischen bayerischen Demokratie. Hier sind Korrekturen absolut überfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN – Lachen der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Wer Fehler nicht zugeben kann, der ist heute fehl am Platz.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Schämen Sie sich!)

Dann geht es um die Frage, ob es auf Ermittlungsverfahren und Strafverfolgung einen nicht sachgerechten Einfluss gab. Es gibt gute Gründe, da einmal genauer hinzuschauen, etwa bei folgenden Fragen: Wie waren die Generalstaatsanwaltschaft und das Ministerium jeweils in die Entscheidungen eingebunden? Wurden die Ermittlungen der Soko behindert? Wenn ja, warum und von wem? Wurde stattdessen versucht, die Kritiker mundtot zu machen? Da muss jeder Verdacht ausgeräumt werden, weil alles andere für unsere Justiz verheerend wäre.

Schließlich geht es um das ganze betrugsanfällige Abrechnungssystem nach der Gebührenordnung für Ärzte. Die Staatsanwaltschaft hat lange an der falschen Fiktion festgehalten, der Abrechnungsbetrug der Ärzte könne kein Betrug sein, weil niemand finanziell geschädigt worden sei. Auf solch eine Idee kann nur ein Jurist kommen.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Heike (CSU))

Über Jahre hinweg mussten Patientinnen und Patienten, aber auch der Freistaat Hunderte Millionen Euro – Hunderte Millionen Euro! – zu viel an Laborkosten zahlen. Das Gesundheitssystem ist aus guten Gründen kein Markt. Das wollen wir alle nicht. Aber

dann muss es eine funktionierende, aktive Aufsicht geben, die Fehlentwicklungen korrigiert. Eine solche Aufsicht fehlt. "Fehlallokationen" heißt das.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Thomas Kreuzer (CSU))

Fehlallokationen – so heißt das neudeutsch –, die sonst der Markt korrigiert, muss die Aufsicht korrigieren. Da kann es doch nicht laufen wie früher bei der sowjetischen Planwirtschaft: Egal, wie groß die Misswirtschaft ist, Hauptsache ist, die Bonzen können abkassieren. Das kann es doch nicht sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass dieses Gesundheitssystem als normal hingenommen wird, ist vielleicht der größte Skandal.

Schließlich geht es auch um politische Einflussversuche. Dies ist schon angesprochen worden. Die CSU hat erklärt, der Fall Schottdorf habe keine politische Dimension. Wenn sich ein Laborunternehmer von ehemaligen bayerischen Justizministern, von anderen Kabinettsmitgliedern oder amtierenden CSU-Bundestagsabgeordneten anwaltlich vertreten lässt und an führende CSU-Politiker bis hinauf zum damaligen Ministerpräsidenten Spenden macht, um eine sogenannte Landschaftspflege zu betreiben, wenn diese Ex-Minister für ihre Mandanten bei bayerischen Behörden intervenieren, dann hat das für die CSU keine politische Dimension. Das muss man sich einmal vorstellen: Die CSU hält Filz und politische Einflussversuche offenbar für unpolitisch. Das ist scheinbar ganz normal.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir halten das nicht für normal und werden uns deswegen genau anschauen, was da passiert ist. Dann wird es nicht nur darum gehen, die Vorfälle aufzuklären, sondern auch darum, Konsequenzen zu ziehen, und zwar personelle wie parlamentarische. Das wird ziemlich viel Arbeit. Aber ich bin sicher, das wird sich lohnen und ein ziemlicher Spaß werden. Darauf freue ich mich schon.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Ich erteile jetzt Herrn Kollegen König das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

**Alexander König (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Für die CSU gilt in der Angelegenheit Schottdorf der Grundsatz der maximalen Transparenz.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Dies forderte unserer Ministerpräsident Seehofer. Auch wenn Sie jetzt noch darüber lächeln, sage ich Ihnen heute schon: Dies wird auch das Leitbild der Arbeit der Abgeordneten der CSU im Untersuchungsausschuss sein. Wir dokumentieren dies schon dadurch, dass wir als CSU-Fraktion im Änderungsantrag auf Drucksache 17/2463 als Mittragsteller des Fragenkatalogs auftreten.

Den Fragenkatalog haben wir am 25. Juni interfraktionell behandelt. Seitens der CSU-Fraktion haben wir lediglich die rechtliche Zulässigkeit der Fragen überprüft und in diesem Überprüfungsrahmen geringfügige Änderungen angeregt, auf welche sich die Verfasser des umfangreichen Fragenkatalogs dankenswerterweise eingelassen haben. Daneben kam es lediglich zu einvernehmlichen redaktionellen Änderungen.

Die CSU-Fraktion hat sich nicht mit der Sinnhaftigkeit der einzelnen Fragen auseinandergesetzt, sie macht sich diese auch nicht zu eigen. Doch die Fragen sind nach unserer Überzeugung allesamt rechtlich zulässig. Deshalb kann ich wirklich allen hier im Hohen Haus versichern, dass wir – die CSU-Fraktion, unsere Mitglieder – uns im Ausschuss Mühe geben werden, bezüglich aller Fragen die Wahrheit zu ergründen. Allerdings würden wir es auch bei diesem Untersuchungsausschuss begrüßen – ich sage das gerade nach der Rede des Vorredners -, dass die Ergebnisse erst dann verkündet werden, wenn die Grundlagen dafür gelegt sind, und nicht vorher.

(Beifall bei der CSU)

Ich weiß, dass es schwer ist; denn manchmal hört man schon das Gras wachsen, bevor die Samen aufgegangen sind. Aber vielleicht klappt es doch noch, Herr Kollege Dürr.

(Zuruf von der SPD)

Trotz allem hoffe ich auf einen sachlichen und fairen Umgang aller Beteiligten miteinander sowie auf wahrheitsgemäße Stellungnahmen zum jeweiligen Verfahrensstand.

Der umfangreiche Fragenkatalog befasst sich mit einer Mehrzahl unterschiedlicher Sachverhalte, die ich hier eigentlich nochmals anführen wollte. Aber wenn Sie, Herr Kollege Schindler, es gestatten, nehme ich Bezug auf Ihre Ausführungen. Sie haben die unterschiedlichen Sachverhalte ausgeführt. Ich nehme ausdrücklich darauf Bezug. Ich würde die Sache hier vielleicht mit einer Akzentuierung weniger vortragen, aber ansonsten danke ich dafür. Ich will es hier nicht wiederholen.

Diese unterschiedlichen Sachverhalte stehen insofern in einem Zusammenhang, als sie entweder unmittelbar und mittelbar mit dem Labor Schottdorf zusammenhängen. Ich finde es persönlich zwar schon hinterfragenswert, ob es wirklich gerechtfertigt ist, einen Untersuchungsausschuss mit einem Fragenkatalog mit "Schottdorf" zu benennen, der auch andere Richtungen in sich trägt als nur das Labor Schottdorf. Ich glaube, darin sind wir uns einig. Doch ich fürchte, es wird nicht mehr zu vermeiden sein, dass auch dann vom Labor Schottdorf gesprochen wird, wenn es um Fragestellungen in andere Richtungen geht.

Auf die einzelnen Sachverhalte will ich hier nicht mehr eingehen, weil sie der Herr Kollege Schindler aus meiner Sicht schon sehr gut vorgetragen hat. Ich will nur nochmals sagen: Im Rechtsausschuss hat die Staatsregierung am 22. Mai zu vielen der hier aufgeworfenen Fragen einen Bericht gegeben. Die Bewertung ist danach seitens der Fraktionen erfolgt. Ich will auch diese nicht wiederholen, sondern nehme diesbezüglich Bezug auf die Einlassung der CSU-Fraktion. Der nunmehr vorliegende Fragenkatalog stellt allerdings eine Erweiterung der seinerzeit aufgeworfenen Fragen und der

gegebenen Antworten dar. Er ist eindeutig umfänglicher, und das ist legitim, weil die Fragen als solche zulässig sind.

Wir, die Kolleginnen und Kollegen des Untersuchungsausschusses, werden viel Arbeit haben. Ich danke schon an dieser Stelle allen zukünftigen Mitgliedern des Untersuchungsausschusses sehr herzlich für die Bereitschaft, sich dieser Arbeit zu stellen. Ich rufe allen zu: Wir werden es schaffen!

Ein Untersuchungsausschuss des Bayerischen Landtags weiß auch mit Tausenden von Aktenordnern umzugehen. Ich habe keine Sorgen, weil schon zum einen oder anderen Mal über die Medien verbreitet worden ist, wie das wohl werden wird. Wir werden es schaffen. Ein Vollzeitparlament wie der Bayerische Landtag kann eine so umfangreiche Aufarbeitung eines so umfangreichen Fragenkatalogs leisten. Er kann die Erkenntnisquellen aufarbeiten, zumal die Fragen alle am Anfang einer Legislaturperiode gestellt werden und die Einsetzung des Untersuchungsausschusses auch zum Beginn der Legislaturperiode erfolgt. – Ich bitte Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, um Zustimmung zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses mit dem vorgeschlagenen Fragenkatalog.

(Beifall bei der CSU)

**Präsidentin Barbara Stamm:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Rechts- und Parlamentsfragen empfiehlt, den Einsetzungsantrag auf Drucksache 17/2371 neu zu fassen. Ich verweise insoweit auf die Drucksache 17/2476. Wer dieser Neufassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist dieser Untersuchungsausschussauftrag einstimmig so beschlossen.

Mit der Annahme des Antrags in der soeben beschlossenen Fassung hat der interfraktionelle Änderungsantrag auf Drucksache 17/2463 seine Erledigung gefunden.

Nach dem vorher gefassten Beschluss besteht der Untersuchungsausschuss aus insgesamt neun Mitgliedern. Die CSU-Fraktion hat das Vorschlagsrecht für fünf Mitglieder, die SPD-Fraktion für zwei Mitglieder und die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN für jeweils ein Mitglied. Für jedes Mitglied ist nach Artikel 4 Absatz 4 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags von den jeweils vorschlagsberechtigten Fraktionen ein stellvertretendes Mitglied zu benennen. Hinsichtlich der von den Fraktionen als Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder vorgeschlagenen Kolleginnen und Kollegen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Ich gehe davon aus, dass über die vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder gemeinsam abgestimmt werden soll. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer mit der Entsendung der in der aufgelegten Übersicht genannten Kolleginnen und Kollegen in den Untersuchungsausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist die Entsendung der jeweiligen Kolleginnen und Kollegen ebenfalls einstimmig beschlossen.

Gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags bestellt die Vollversammlung den Vorsitzenden sowie den stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses. Vorsitzender und Stellvertreter müssen jeweils verschiedenen Fraktionen angehören und sollen die Befähigung zum Richteramt haben. Nach Artikel 3 Absatz 2 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Bayerischen Landtags steht der CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden oder die Vorsitzende zu. Das Vorschlagsrecht für

die stellvertretende Vorsitzende bzw. den stellvertretenden Vorsitzenden besitzt die SPD-Fraktion.

Als Vorsitzenden hat die CSU-Fraktion Herrn Kollegen Alexander König vorgeschlagen. Als dessen Stellvertreter wurde von der SPD-Fraktion Herr Kollege Franz Schindler benannt. Ich gehe davon aus, dass auch über diese beiden Vorschläge gemeinsam abgestimmt werden soll. – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich gemeinsam abstimmen. Wer mit den Vorschlägen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das auch einstimmig so beschlossen. Damit ist der Tagesordnungspunkt 5 erledigt.

## Mitteilung

des Bayerischen Landtags

### Bestellung der Mitglieder für den Untersuchungsausschuss

Von den Fraktionen werden die nachstehend genannten Mitglieder des Landtags zur Bestellung in den Untersuchungsausschuss zur Untersuchung eines möglichen Fehlverhaltens bayerischer Behörden und Entscheidungsträger im Zusammenhang mit dem Labor Schottendorf und weitere Vorkommnisse im Ermittlungsverfahren gegen Dr. B. S. und andere vorgeschlagen:

(TOP 5)

Mitglieder:

stellvertretende Mitglieder:

#### CSU:

Alexander **König**

Michael **Hofmann**

Manfred **Ländner**

Dr. Hans **Reichhart**

Mechthilde **Wittmann**

Robert **Brannekämper**

Alexander **Flierl**

Klaus **Holetschek**

Tobias **Reiß**

Klaus **Steiner**

#### SPD:

Franz **Schindler**

Horst **Arnold**

Harald **Güller**

Alexandra **Hiersemann**

#### FREIE WÄHLER:

Florian **Streibl**

Eva **Gottstein**

#### BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

Dr. Sepp **Dürr**

Ulrich **Leiner**